

- Von den 6,75 Millionen Ausländern und Ausländerinnen in Deutschland lebt fast die Hälfte länger als 15 Jahre hier.
- Bei den Kommunalwahlen in Deutschland dürfen bislang nur die Bürger und Bürgerinnen der Europäischen Union wählen und gewählt werden.
- 4,45 Millionen Einwohner und Einwohnerinnen ohne eine EU-Staatsbürgerschaft (sogenannte Drittstaater) sind von diesem demokratischen Grundrecht ausgeschlossen.

Eine Gesellschaft, die einen Teil der Bevölkerung von politischen Entscheidungen ausschließt, verliert ihre demokratischen Grundlagen. Städte, Gemeinden und Landkreise können es sich nicht länger leisten, zwei Drittel der ausländischen Bevölkerung von der politischen Willensbildung durch Wahlen auszuschließen.

Die Parlamente in den Städten und Gemeinden entscheiden über die Einrichtung von Kindergärten, die Förderung von Vereinen oder die Gestaltung von Plätzen. Um auf ein hohes Maß an demokratischer Legitimität verweisen zu können, müssen in den Kommunalparlamenten auch die diesbezüglichen Interessen der ausländischen Bevölkerung zum Ausdruck kommen.



[www.kommunales-wahlrecht.de](http://www.kommunales-wahlrecht.de)



wird unterstützt von:

**agah** Landesausländerbeirat Hessen  
**AGARP** Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Rheinland-Pfalz  
**Arbeitskreis Asyl** Rheinland-Pfalz  
**Beirat der Katholiken anderer Muttersprache im Bistum Mainz**  
**DGB** Bezirke Hessen/Thüringen und West/Rheinland-Pfalz  
**GEW** Hessen  
**Hessischer Jugendring**  
**IG Bergbau Chemie Energie** Landesbezirk Rheinland-Pfalz/Saarland  
**Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz**  
**Interkultureller Rat in Deutschland**  
**Landesjugendring** Rheinland-Pfalz  
**Ligen der Freien Wohlfahrtspflege**  
**in Hessen e.V. und im Lande Rheinland-Pfalz:**  
 Arbeiterwohlfahrt  
 Caritas  
 Diakonie  
 Der Paritätische  
 Deutsches Rotes Kreuz  
 Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen K.d.ö.R.  
**ver.di** Landesbezirke Hessen und Rheinland-Pfalz

Kontakt/V.i.S.d.P.:

**Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah)**  
 Kaiser-Friedrich-Ring 31  
 65185 Wiesbaden  
 Telefon: 0611-9 89 95-0  
 Telefax: 0611-9 89 95-18

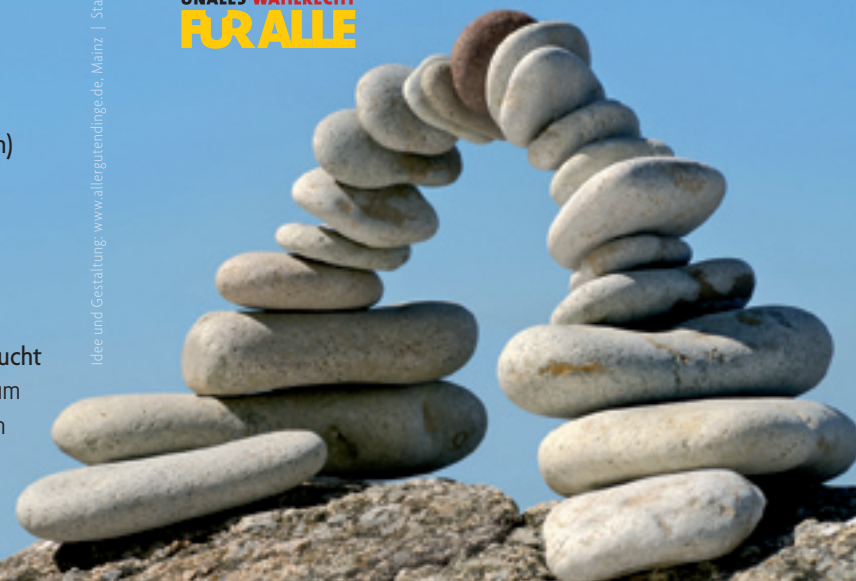
Ausführliche Informationen zur Kampagne „Demokratie braucht JEDE Stimme! – Kommunales Wahlrecht für Alle“ und zum kommunalen Wahlrecht finden Sie in unserer gleichnamigen kostenlosen Broschüre und im Internet unter:

[www.kommunales-wahlrecht.de](http://www.kommunales-wahlrecht.de)

# Demokratie braucht JEDE Stimme!



Idee und Gestaltung: www.allerguendings.de, Mainz | Stand: Februar 2009



# Unsere Gesellschaft lebt von den Menschen, die sich in ihr und für sie engagieren.

*„Als das kommunale Wahlrecht für EU-Bürger kam, habe ich mich zum ersten Mal als vollwertige Bürgerin gefühlt. Ich bin inzwischen Mitglied des Stadtrats und in verschiedenen Ausschüssen tätig. Ich engagiere mich zum Beispiel für die Schulen und die Gestaltung meines Stadtbilds. Früher hatte ich keine Möglichkeit, da etwas zu verändern. Heute kann ich mit meinem spezifischen Blick auf die Dinge dazu beitragen, dass sich etwas zum Positiven verändert. Das kommt allen zugute.“*

JACQUELINE ENGEL

Französische Staatsbürgerin und Mitglied der SPD-Fraktion im Andernacher Stadtrat

*„Durch meine Mitgliedschaft im Koblenzer Stadtrat war die Erstellung eines strategischen Integrationskonzeptes für Koblenz innerhalb relativ kurzer Zeit realisierbar. Die Umsetzung der Maßnahmen dieses Integrationskonzeptes wird mit Unterstützung der Ratsfraktionen und der Verwaltung zügig vorangetrieben.“*

VITO CONTENTO

Italienischer Staatsbürger und Mitglied der CDU-Fraktion im Koblenzer Stadtrat



## WAS WIR WISSEN:

### Wahlrecht fördert Integration

Integration setzt voraus, an der Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes mitwirken zu können. Das gilt vor allem auf kommunaler Ebene, wo der Selbstverwaltungsgedanke und das Prinzip der basisnahen Regelung eigener Angelegenheiten von großer Bedeutung sind. Denn die Entscheidungen kommunaler Parlamente haben unmittelbare Auswirkungen auf die Situation jedes einzelnen Einwohners und jeder einzelnen Einwohnerin – unabhängig von seiner oder ihrer Staatsangehörigkeit. In Europa leisten es sich außer Deutschland nur noch wenige Länder, sogenannten Drittstaaten das aktive und passive Wahlrecht auf kommunaler Ebene grundsätzlich zu verweigern. Diese Ungleichbehandlung muss ein Ende haben. Denn: Das kommunale Wahlrecht für Alle ist gut für Alle! Schon jetzt gestalten in vielen Kommunalparlamenten Staatsangehörige der EU unser Gemeinwesen erfolgreich mit.

## WAS WIR WOLLEN:

### Kommunales Wahlrecht auch für Drittstaatsangehörige

Wir wollen das kommunale Wahlrecht für alle rechtmäßig und dauerhaft in Deutschland lebenden Einwohner und Einwohnerinnen. Grundlegende Voraussetzung hierfür ist die Änderung von Artikel 28 des Grundgesetzes. Hierzu bedarf es einer 2/3-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat.

[www.kommunales-wahlrecht.de](http://www.kommunales-wahlrecht.de)

## Wir sind nicht alleine

- Rheinland-Pfalz hat im Bundesrat bereits 2007 einen Gesetzentwurf vorgelegt und wird dabei vom Land Berlin unterstützt.
- In Nordrhein-Westfalen kämpfen Gewerkschaften, Migrantenorganisationen und Wohlfahrtsverbände für das kommunale Wahlrecht für alle Ausländer und Ausländerinnen. Dort haben sich bereits 29 Städte und Gemeinden dafür ausgesprochen.
- Der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) und die Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main, Dr. h.c. Petra Roth (CDU), haben sich eindeutig für das kommunale Wahlrecht für Drittstaater ausgesprochen.

## ...und in Hessen und Rheinland-Pfalz?

Auch in Hessen und Rheinland-Pfalz gibt es beispielsweise in Kassel, Trier und Baunatal Beschlüsse und Resolutionen der Kommunalparlamente, die sich für das kommunale Wahlrecht für Alle aussprechen.

Unsere überparteiliche Initiative aus Gewerkschaften, Migrantenorganisationen und Wohlfahrtsverbänden sowie weiteren Institutionen des öffentlichen Lebens will das Thema „Kommunales Wahlrecht für Alle“ in der Öffentlichkeit bekannt machen und so auf die notwendige Grundgesetzänderung hinwirken.

## WIE SIE UNS UNTERSTÜTZEN KÖNNEN:

Helpen Sie mit, dass sich Kommunalparlamente für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Drittstaater aussprechen. Wirken Sie auf überregional tätige Mitglieder aller Parteien und die Bundestagsabgeordneten in Ihrem Wahlkreis ein, sich für dieses Anliegen stark zu machen. Besuchen Sie unsere Informationsstände vor Ort. Unterstützen Sie mit Ihrer Unterschrift unsere Forderung nach einem kommunalen Wahlrecht für Alle. Machen Sie unser Anliegen auch in Ihrem persönlichen Umfeld bekannt.